

Gemeinsam gegen Hass und Gewalt

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bestärkt kommunale Mandatsträger

Marcus Kober

„Immer mehr Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren, werden bedroht, mit Hass überzogen oder sogar tötlich angegriffen. Fürchterlicher Tiefpunkt dieser Entwicklung war die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. [...] Hinzu kommen Angriffe auf ehrenamtliche Amts- und Mandatsträger/-innen. Das Spektrum reicht von Beleidigungen und Verunglimpfungen in den sozialen Netzwerken oder auf der Straße, durch Briefe und Telefonanrufe bis hin zu roher Gewalt“, so beurteilt der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung als Präsident des Deutschen Städtetages die alltägliche Gefährdungslage. Der Diagnose folgend haben der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit Zwickaus Oberbürgermeisterin Pia Findeiß am 10. März in Zwickau zu einer Diskussion über den Schutz bedrohter Amts- und Mandatsträger/-innen unter dem Titel „Gemeinsam gegen Hass und Gewalt – Kommunalpolitiker nicht alleinlassen!“ eingeladen. Der Artikel fasst wichtige Aussagen zusammen und nimmt Bezug auf eine im Rahmen der Veranstaltungsvorbereitung vom „Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK)“ konzipierte Broschüre zum Umgang mit Hass und Bedrohung.

Ansprache des Bundespräsidenten

Der Bundespräsident erinnert in seiner Eröffnungsansprache, dass bereits 2018 in einer vergleichbaren Gesprächsrunde mit Kommunalpolitikern von unsäglichen Anfeindungen



berichtet wurde. Nach nunmehr zwei Jahren fortgesetzter Beobachtung gäbe es keinen Zweifel mehr: Deutschland habe ein massives Problem mit Hass und Gewalt. Dies zeige sich nicht flächendeckend in den Kriminalstatistiken, offenbare sich allerdings in alarmierenden Vorfällen und beginne ganz unmittelbar vor der eigenen Haustüre: „Das Spektrum dabei ist denkbar weit. [...] So unterschiedlich die Phänomene im Einzelnen sind, sie gedeihen in demselben gefährlichen Klima, dass die Rathäuser und Parlamente genauso wie Schulhöfe und Internetforen erreicht hat. Ein Klima der Empörung und Enthemmung, ein Klima der Herabsetzung und des Hasses, ein Klima, das nicht wir nicht länger hinnehmen dürfen. [...] Viele Formen der Bedrohung liegen tatsächlich unter der Schwelle des Justiziablen. Doch sie liegen über der Schwelle dessen, was Menschen aushalten können, ohne irgendwann müde zu werden.“

Der Bundespräsident zeigt Verständnis für Rücktritte und Rückzüge permanent beleidigter und bedrohter, insbesondere ehrenamtlich tätiger Amts- und Mandatsträger. Er appelliert daher an die Gesellschaft insgesamt, ein gemeinsames klares

NEIN zu vertreten. Die sogenannte schweigende mehrheitliche Mitte müsse dabei lauter werden und zu ihren Repräsentanten/-innen stehen.

Bürgernähe sei ein unverzichtbares Prinzip von Kommunalpolitik und ihrer Amts- und Mandatsträger, gleichermaßen kennzeichne sie die Arbeitsweise gerade der örtlichen Verwaltungen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Kommunalpolitikerinnen und -politiker in unserem Land zu Fußabtretern der Frustrierten werden. Wir brauchen all die Menschen, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen und zu tragen. Sie sind das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht. Deshalb: Wir müssen Zivilität verteidigen, Anstand und Vernunft zurückgewinnen.“

Steinmeier sieht neben der Strafverfolgung besondere Schwerpunkte bei der Prävention und politischen Bildung. Zudem lobt er die zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft: „Wir brauchen mehr solche Anstöße in der ganzen Breite der Gesellschaft, damit das gelingt, was ich eingangs beschrieben habe: die Zurückgewinnung der Zivilität.“ Und endet zuversichtlich: „Wir sind viele – gemeinsam gegen Hass und Gewalt.“

Podiumsdiskussion

Anschließend diskutierten Kommunalpolitiker, Präventionsexperten und Vertreter der Zivilgesellschaft, wie Engagierte in der Kommunalpolitik besser unterstützt werden können und welche konkreten Angebote es bei Behörden, Vereinen und spezialisierten Anlaufstellen dafür gibt. Auf dem Podium nahmen an der Diskussion teil: Pia Findeiß, Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau; Frank Vogel, Landrat im Erzgebirgskreis; Roland Gefreiter, ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schönwald in Brandenburg; Andreas Armbrorst, Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention; Markus Hartmann, Oberstaatsanwalt

und Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen sowie Anna-Lena von Hodenberg, Gründerin und Geschäftsführerin der HateAid gGmbH. Die Journalistin Anke Plättner moderierte das Gespräch und bezog auch das Saalpublikum mit seinen Erfahrungen und Anregungen ein.

Rund 150 Kommunalpolitiker und zivilgesellschaftliche Akteure aus ganz Deutschland waren als Zuschauer dabei und konnten sich auch in der Diskussion zu Wort melden. Verschiedene Teilnehmer berichteten von Drohungen und besonders gravierende Beleidigungen, die zwar angezeigt wurden, aber nicht weiterverfolgt worden seien. Als besonders belastend empfanden Betroffene, wenn auch ihre Familien zum Ziel von Bedrohungen würden. Oberstaatsanwalt Hartmann hob den Bedarf an weiteren spezialisierten Dienststellen hervor. Hingewiesen wurde zudem auf die Wichtigkeit der politischen Bildung und der Solidarisierung der Zivilgesellschaft.

Hinweise für Kommunalpolitiker/-innen

Das NZK hat mit Blick auf die Veranstaltung in Zwickau und vor allem zum Nutzen der kommunalen Amts- und Mandatsträger für ihren Alltag eine Broschüre mit Schutz- und Verhaltenshinweisen für den Umgang mit Hass und Bedrohung erarbeitet, die auch Unterstützungsangebote gegen Hass im Netz benennt. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen in ihren Vorworten (Burkard Jung: Oberbürgermeister der Stadt Leipzig



Foto: © Stefan Daniel, Stiftung DFK

als Präsident des Deutschen Städtetages, Reinhard Sager: Landrat des Kreises Ostholstein als Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. Uwe Brandl: Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), dass mit der Handreichung ganz praktische Hilfe für Betroffene geleistet wird.

Schutz und Verhaltenshinweise der Polizei

Die zusammengestellten polizeilichen Empfehlungen gliedern sich in

- allgemeine Verhaltenshinweise,
- Sicherheit im häuslichen Bereich und
- Sicherheit unterwegs.

Vorab gilt, dass bei unmittelbarer Bedrohung der polizeiliche Notruf 110 zur Verfügung steht, der schnell Hilfe organisieren kann. Weiterhin wird auf die polizeilichen Berater verwiesen, die im Expertengespräch persönliche Risiken bewerten und die Verhaltenshinweise priorisieren kann. Im Anhang befindet sich eine Liste mit Ansprechpartnern und Beratungsstellen von Polizei und Sicherheitsbehörden, Opferschutzstellen insbesondere für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Zunächst empfehlen die Fachleute der Polizei, möglichst wenig Informationen zum Privatleben preiszugeben, insbesondere nicht über soziale Medien oder Netzwerke. Ebenso sensibel sollten sich auch Familienangehörige verhalten. Jede Bedrohung müsse ernst genommen werden und die Polizei sei stets zu verständigen. Möglichst viele Informationen sollten dokumentiert werden (Mitschnitt, Screenshot, Gedächtnisprotokoll), um damit die Chance für eine effektive Strafverfolgung zu verbessern. Jedes strafbare Verhalten sollte zur Anzeige gebracht werden.

Im häuslichen Bereich gelte es, die mechanischen Sicherungen gegen gewaltsames Eindringen nach kostenloser, objektiver und herstellerneutraler

kriminalpolizeilicher Beratung zu optimieren. Unbekannten Personen sollte nicht sorglos geöffnet, Warensendungen von unbekanntem Absendern nicht angenommen und verdächtige Postsendungen nicht geöffnet werden. Zudem wird empfohlen, eine wirksame Nachbarschaftshilfe zu organisieren.

Um Manipulationen am eigenen Fahrzeug vorzubeugen, sollte es in einer Garage geparkt werden. Zudem wird die regelmäßige Überprüfung der technischen Sicherheit des Kfz empfohlen sowie das Variieren von häufig genutzten Fahrstrecken.

Am Arbeitsplatz erhöhe sich die Sicherheit durch Zutrittskontrollen und Fluchtwege.

Bei Veranstaltungen wird empfohlen, Distanz zu aggressiven Personen zu halten, ruhig zu bleiben und verbale bzw. nonverbale Provokationen zu vermeiden, Unterstützung durch andere Personen einzufordern und möglichst in Begleitung zu sein: „*Fragen Sie auch nach getroffenen Sicherheitsmaßnahmen und nach möglichen Fluchtwegen.*“

Unterstützungsangebote gegen Hass im Netz

Zur Klärung der Rechtswidrigkeit etwa von Beleidigungen oder gar Bedrohungen insbesondere im Netz und in den sozialen Medien können auch zivilgesellschaftliche Angebote unterstützen. Es gibt einige Stellen, die dabei unterstützen, gegen Anfeindungen vorzugehen, z. B.:

RESPECT! – DIE MELDESTELLE FÜR HETZE IM NETZ

Die Meldestelle respect! wendet sich an Internetnutzerinnen und -nutzer, die im Netz auf Hasskommentare stoßen und etwas dagegen unternehmen möchten. Das Angebot wird bereitgestellt vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg: <https://demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/vorfall-melden/>

HATEAID

Das Projekt HateAid will Betroffenen von digitaler Gewalt helfen und stellt dabei deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Das reicht von persönlicher Beratung bis zur Prozesskostenfinanzierung. Wer im Netz attackiert wird, kann sich an HateAid wenden

und bekommt Unterstützung für Abwehrstrategien: <http://hateaid.org>.

HASSMELDEN – DIE ZENTRALE MELDESTELLE FÜR HATESPEECH

Über die Plattform <https://hassmelden.de> können Internetnutzer/-innen einen Vorfall, zum Beispiel Hasskommentare, rassistische Übergriffe, Beleidigungen oder Drohungen, melden. Meldungen, deren Inhalte vermutlich strafrechtlich relevant sind, werden direkt an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main weitergegeben, dort bearbeitet und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt.

HESSEN GEGEN HETZE

Die Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ wird durch das CyberCompetenceCenter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport betrieben. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, potenzielle Hasskommentare einfach und schnell per Online-Formular zu melden: <https://hessengegenhetze.de/hasskommentare-melden>.

Fazit

Die Veranstaltung mit dem Bundespräsidenten in Zwickau hat viele anwesende kommunale Amts- und

Mandatsträger ermutigt, ihr für die Bürger/-innen und die Demokratie bedeutsames Engagement fortzusetzen. Es könne davon ausgegangen werden, dass die nötigen Finanzen und Strukturen bereitgestellt werden, aber es werde dauern, bis weitere Maßnahmen in der Praxis greifen: *„Und vielleicht werden wir nächstes Jahr diskutieren, wo nachgelegt werden muss.“*

Marcus Kober ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim NZK und hat die Broschüre „Umgang mit Hass und Bedrohung – Hinweise für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“ redaktionell verantwortet.

Die Handreichung steht bei <https://www.nzkrim.de/> zum kostenlosen Download bereit. Druckstücke können per E-Mail bestellt werden.

Kontakt: marcus.kober@bmi.bund.de